

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 3

Rubrik: Stimmen der Welpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die *Agrarreform*, die zur Zeit in ihre exekutive Phase eingetreten ist, beschäftigt weiterhin weite Kreise der italienischen Öffentlichkeit. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine Zeitung das gewagte sozialpolitische und wirtschaftliche Experiment aufgreift. Zwei Artikel im «*Nuovo Corriere della Sera*» - Mailand vom 17. April 1951 «*La legge stralcio per il latifondo*» und im «*Il Popolo*» - Rom (Organ der Christlich-demokratischen Partei) vom 22. April «*Il nostro Paese e la riforma fondiaria*» beleuchten die jüngste Entwicklung.

Das Mailänder Blatt berichtet über die letzte Generalversammlung der *Confagricoltura* — Verband der italienischen Landwirte —, in dessen Verlauf der bisherige Präsident, Marchese Rodinò, mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde. Dies bedeutet, daß die bisherige Linie des Verbandes — Opposition gegen die Agrarreform, aber keine sterile und verblendete Obstruktion, sondern eine rein technische und fachmännische Beratung für die zuständigen Regierungsstellen — weiterhin eingehalten werden soll. Eine Besprechung Rodinòs mit Ministerpräsident De Gasperi und Landwirtschaftsminister Segni habe endgültig die schwebende Frage gelöst, daß die Bodenreform in ihrer ersten Phase sich nur auf die Latifundien — besonders in Süditalien — beziehe, und nicht für alle landwirtschaftlichen Betriebe in Frage käme. Weiterhin soll eine Revision des übereilt von der Kammer gebilligten, vom Senat noch nicht debattierten Gesetzes über die Änderung der landwirtschaftlichen Pachtverträge vorgesehen sein.

Das Organ De Gasperis befaßt sich mit der sozialkommunistischen Opposition gegen die Agrarreform, die für die extreme Linke noch immer nicht genügend durchgreifend sei, und die gerne alle Grundbesitzer enteignet sehen würde. Dem Vorwurf der Opposition, daß zwar viel geredet, aber nicht gehandelt werde, hält das christlich-demokratische Blatt folgende Gegenbeweise entgegen: in nächster Zeit wird in Süditalien mit dem Bau von 43 neuen Aquädukten begonnen, die Wasser für 1000 Gemeinden mit 8 Millionen Einwohnern spenden. 3 295 000 ha Land werden bewässert, 90 Milliarden Lire sind für Straßenbau und 120 Milliarden für Bodenmeliorationen vorgesehen.

«*Der ‚andere‘ Osten protestiert und erklärt*» überschreiben die in Zürich erscheinenden Blätter für weltanschauliche Information, «*Orientierung*», in ihrer Nummer vom 30. April den interessanten Nachdruck eines Freiheitsdokumentes, das vom «*National Committee for a Free Europe*» in Philadelphia unterzeichnet und feierlich zum 175. Jahrestag der Verkündung der amerikanischen «*Freiheitsakte*» veröffentlicht wurde. Darin bekennen sich 200 im Exil lebende Delegierte von 13 Ländern, die heute hinter dem Eisernen Vorhang unter kommunistischer Herrschaft liegen, zu den Grundsätzen der Atlantic Charter und fordern die Befreiung Mittel- und Osteuropas als Voraussetzung für die Errichtung eines dauerhaften Friedens, Beendigung der Deportationen und Volksregierungen auf der Basis streng kontrollierter Wahlen. Es werden den Völkern Mittel- und Osteuropas die fundamentalen politischen und sozialen Rechte garantiert, ferner u. a. Freiheit der menschlichen Persönlichkeit und des menschlichen Gedankens, der Schulwahl, der Forschung, Schutz der Arbeiter vor arbeitsfeindlichen Gesetzen, Freizügigkeit der Arbeitsplatz- und Wohnortwahl. Diese «*Botschaft des Vertrauens*» der Heimatlosen an ihre entfernten Völker schließt mit der Bitte an Gott, «daß er uns die Kraft gibt, unseren Kampf für die Freiheit und die Union siegreich zu beenden».

Die Londoner Zeitschrift «*The World Today*» behandelt in ihrem April-Heft «*Yugoslav Political Development*» nach dem Bruch mit der Sowjetunion. Erst im

Sommer 1949, also fast ein Jahr nach der Kominformresolution, wurde zum ersten Male Kritik an Stalin geübt, und zwar nicht am Kommunismus selbst, sondern nur an der neusten Entwicklung des Stalinismus. Anfang 1950, nach dem endgültigen Bruch mit den Sowjets, wurde verkündet, daß Jugoslawien seine Wirtschaft zu dezentralisieren beabsichtige und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwangen die Regierung beim Westen Hilfe zu suchen.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Verfassungsänderungen der letzten Zeit das eigentliche Staatsgefüge nicht zu berühren vermochten, da die gesamte Macht weiterhin in den Händen der kommunistischen Partei ruht, Treue zur Partei oberste Pflicht ist und schließlich für die Wahlen, die formell durchaus demokratisch verlaufen, nur KP-Kandidaten aufgestellt werden. Auch die Dezentralisierung, die Übergabe der Betriebe an die Arbeiterräte, ist insofern von geringer Bedeutung, als das gesamte politische und wirtschaftliche Leben des Landes von dem neunköpfigen Politbüro der KP Jugoslawiens, einer getreuen Kopie des bolschewistischen Vorbildes, beherrscht wird. Kritik und Opposition sind in der Parteihierarchie ausgeschaltet. Politische und weltanschauliche Schwenkungen können bei der absoluten Herrschaft des Politbüros nur «von oben» befohlen werden.

Die künftige Entwicklung hängt von den verschiedensten Faktoren ab. Die wirtschaftliche und politische Annäherung an den Westen wird die Demokratisierung weiterhin vorantreiben. Die Enttäuschung über den Stalinismus hat sich noch nicht beruhigt. Hemmend wirkt sich dabei einerseits die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes aus und andererseits das Fehlen jeder wahrhaft demokratischen Tradition.

Ergänzend dazu verdient ein Bericht der «New York Times» vom 6. April ihres Belgrader Korrespondenten *Sulzberger* besonderes Interesse, der auf «*Yugoslavs Moving Gradually Toward Status of Democracy*» hinweist. Dieser Bericht, der gleichfalls das Beibehalten eines ausgesprochen kommunistischen Gepräges in Jugoslawien feststellt, betont die waffentechnische Überlegenheit der Satellitenstaaten und bemerkt, Tito hoffe daher mit Griechenland und der Türkei eine Vereinbarung zur gemeinsamen Verteidigung treffen zu können und vom Westen mit modernen Waffen ausgerüstet zu werden. Es würden allmählich Stimmen laut, die das Beharren auf den «kommunistischen Vorzügen» als einen Fehler ansehen, durch den man sich nicht nur die Hilfe der USA verschmerzen könne, sondern auch die Sowjetunion unnötig herausfordere. Das künftige Verhalten Jugoslawiens gegenüber Rotchina werde einen zuverlässigen Rückschluß auf seine neue außen- und innenpolitische Entwicklung gestatten. Der Korrespondent der «New York Times» schließt mit der Feststellung, daß gegenwärtig in Jugoslawien tiefgreifende Veränderungen erfolgen, sowohl im alltäglichen Leben seiner Einwohner wie auch im Verhältnis zur Außenwelt.

Zur Entwicklung in *Persien* gibt die englische Wochenzeitschrift «*Time and Tide*» in ihrer Nummer vom 21. April 1951 einen Überblick, der, trotz der inzwischen vollzogenen Verstaatlichung, Interesse beansprucht: Die Unruhen, welche die Nationalisierungsbewegung eingeleitet haben, waren das Werk der Kommunisten, der Tudeh-Partei. Die Unruhen haben ihr erstes Ziel, die Verstaatlichung der Anglo-Iranian Oil Company, erreicht, auch wenn diese schließlich von den Nationalisten durchgeführt worden ist. Die Tudeh-Partei, die von Moskau aus gelenkt wird, geht darauf aus, eine große Unruhe zu schaffen, die Ölvorkommen Persiens der östlichen Welt zuzuhalten und wenn möglich ein politisches Regime, das dem Kreml untertan wäre, ans Ruder zu bringen. England muß sich nunmehr schlüssig werden, wie es sich verhalten will. Der Nationalisierung wird es kaum Widerstand leisten können, sofern eine Entschädigung bezahlt und britische Staatsangehörige weiterhin mit der kaufmännischen und technischen Leitung der Gesellschaft betraut bleiben, so daß das persische Öl dem Westen zur Verfügung steht und nicht in russische Hände gelangt. Wären die Unruhen weitergeschritten, bei denen bekanntlich Eng-

länder getötet wurden und englisches Eigentum zu Schaden kam, so wäre eine Landungsoperation der englischen Flotte in Persien unvermeidlich geworden. «Time and Tide» versichern, daß England in der Lage sei, eine solche Operation innert weniger Stunden durchzuführen. Selbstverständlich soll dieser Schritt wenn immer möglich vermieden werden, da er leicht den Russen als Vorwand für eine eigene Aktion dienen könnte. Daß man englischerseits so große Bedeutung auf die Erhaltung von Ruhe und Ordnung im mittleren Osten legt, vor allem im Bereich der Ölfelder, hängt mit der richtigen Erkenntnis zusammen, daß diese Gegenden ökonomisch, politisch und strategisch für die Verteidigung der westlichen Welt gegenüber einem künftigen russischen Angriff von elementarer Bedeutung sind.

STEUERGERECHTIGKEIT — FÜR ALLE

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 8. Juli 1951

VON EDUARD SEILER

Der von Adam Smith erstmals aufgestellte Grundsatz, daß die öffentlichen Lasten im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit eines jeden verteilt werden sollen, gewinnt um so größere volkswirtschaftliche und steuerpolitische Bedeutung, je stärker der staatliche Finanzbedarf wächst. Selbst sozialistische Regierungen, die ihre Wirtschafts- und Sozialpläne hauptsächlich durch die fiskalische Expropriation höherer Vermögen, Einkommen und Geschäftsgewinne zu finanzieren gedachten, mußten einsehen, daß dieses Verfahren ziemlich rasch an Grenzen stößt, wo die dermaßen ausgebeuteten Geldquellen zu versiegen und die volkswirtschaftliche Produktivität steil abzusinken drohen. Das neueste Steuerprogramm des englischen Finanzministers Gaitskell ist eine deutliche Verbeugung vor dieser Erkenntnis. Der Labourregierung bleibt es nicht erspart, die Fiskallast schon heute wieder auf breitere Schultern abzuladen.

Die bürgerlichen Mehrheiten in den eidgenössischen und kantonalen Räten verhindern nicht, daß auch bei uns vorderhand der Zug der Steuerpolitik zur Entlastung nach unten und zur Belastung nach oben ein immer schleunigeres Tempo anschlägt. Die unlängst von einer eidgenössischen Finanzexpertenkommission in aller Form verkündete Auffassung, daß «im modernen Wohlfahrtsstaat die Steuer in weitgehendem Maß einfach ein Instrument der Einkommensverteilung ist», mahnt wahrlich zum Nachdenken. Mag zwar der so-